

Die demokratische

Zentralorgan der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . Ks 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (Kallig. rdb)

8. Jahrgang.

Sonntag, 11. März 1928.

Nr. 61.

Das Attentat auf die Mieter.

Die durch den Krieg unterbrochene Bautätigkeit und der dadurch gefährdend gesteigerte Wohnungsmangel hat in allen europäischen Staaten zur Einführung des Mieterschutzes geführt. Auch hier die Frage des Mieterschutzes nicht vom sozialistischen Standpunkte betrachtet, gewissen Einsichten und sozialen Erwägungen selbst im geringsten Maße zugänglich ist, muß sich sagen, daß der Mieterschutz insoweit fortbestehen mußte, als die Ursachen, die zu seiner Einführung geführt haben, das ist die ungeheure Wohnungsnot, nicht beseitigt sind. Jeder Einsichtige wird sich auch nicht der Ueberzeugung verschließen, daß die Frage der Mietzinssteigerung auch noch mit einem zweiten Problem untrennbar verknüpft bleiben mußte, das ist mit der Frage der finanziellen Tragfähigkeit der breiten Volksmassen. Der von der Bürgerblockregierung ausgearbeitete Entwurf des neuen Mieterschutzgesetzes, das in der vorliegenden Fassung kaum mehr diesen Namen verdient, hat nicht im entferntesten diese Erwägungen in Rechnung gezogen. Er trägt nicht: was für Wirkungen wird die Demolierung des Mieterschutzes für Millionen Menschen haben, werden die ärmeren Mieter instände sein, die ihnen aufgebürdete Last zu tragen, er sucht nur ganz einseitig die Profitinteressen der Schicht der Hausbesitzer zu fördern. Er ist nicht von der Rücksicht auf die Gesamtinteressen, sondern nur von der Rücksicht auf das kurzfristige Parteibedürfnis der bürgerlichen Parteien diktiert.

Daß es tausende Menschen ohne Wohnungen gibt, daß Wohnungsmangel und gar keine Steigerung, wie sie das neue Mieterschutzgesetz hervorgerufen muß, gleichbedeutend sind mit der Zerrüttung des Familienlebens, mit der Steigerung der Zahl der Kranken und Sterbenden, mit Hunger, mit Jammer, Elend und Verzweiflung, daran hat die Regierung nicht gedacht, ihr Einschluß auf Verschlechterung des Mieterschutzes ist lediglich von dem Wunsche diktiert, so rasch als möglich, solange die unumschränkte Herrschaft der besitzenden Klassen noch besteht, den Hausbesitzern zu einer höheren Rente zu verhelfen und ihnen das freie Verfügungsrecht über ihren Hausbesitz wiederzugeben. Durch das neue Gesetz wird die Zahl der Kündigungsgünde zugunsten der Hausherren sehr wesentlich vermehrt, und wo diese nicht ausreichen werden, dem Hauseigentümer Mieter, derer er sich zu entledigen wünscht, vom Halse zu schaffen, dort wird ihm die Erneuerung der „Vertragsfreiheit“ die Handhabe geben, die Mieter zu Vertreibungen zu nötigen, die für sie das Mieterschutzgesetz praktisch außer Kraft setzen werden. Bisher war dem Hausbesitzer die Pflicht auferlegt, gekündigten Mietern eine entsprechende Ersatzwohnung, entsprechend sowohl nach ihrer Beschaffenheit wie nach ihrem Mietzinse, zu verschaffen, nunmehr wird er nur für eine „hinreichende“ Ersatzwohnung zu sorgen haben, das heißt, ob der Mieter die neue Wohnung, wenn sie in einem neuen Hause ist, auch wird bezahlen können, darum wird sich der Hausherr nicht weiter zu kümmern brauchen. Es liegt auf der Hand, daß diese Verschlechterungen des Mieterschutzes allein schon geeignet sind, die Mieter in vielen Fällen der hausherrlichen Willkür schutzlos zu überantworten und die Zahl der Wohnungsuchenden zu vermehren.

Das letzte Mieterschutzgesetz, das auch schon eine Verschlechterung der Lage der Mieter bedeutete, war, wenigstens theoretisch, auf dem Grundsatze aufgebaut, daß Mieterschutz und Wohnbauförderung untrennbare Begriffe sind. Das im Vorjahre beschlossene Wohnungsbau- und Förderungsgesetz war ungenügend, aber das jetzt vorgelegte schüttelt die Sorge des Staates für die Erstellung neuer Wohngebäude fast vollständig ab, denn was bedeutet es, daß der Staat außer der Gewährung von Steuerfreiheit für neu zu errichtende Wohngebäude überhaupt nichts mehr für die Bauförderung übrig hat! Die Bürgerblockregierung hat den Grundsatze, daß der Abbau des Mieterschutzes nur nach dem

Konterrevolutionäre Zerstörungsarbeit in Sowjetrußland.

Ausländische Kapitalisten organisieren durch korrupte Sowjetleute Betriebskatastrophen. — Rückgang der Produktion in den unterminierten Unternehmungen. — Die Verbrecher verhaftet.

Moskau, 10. März. (Tsch.) Der Staatsanwalt beim Obersten Gerichtshof der Sowjetunion veröffentlichte eine Mitteilung über die Aufdeckung einer gegenrevolutionären Organisation im Bezirk Schacht (Donezbecken), die sich mit der Desorganisation und Zerstörung der Steinkohlenindustrie dieses Bezirkes befaßt habe. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß sich die Zentrale der Organisation im Auslande befindet und aus ehemaligen Eigentümern und Aktionären der Kohlenunternehmungen des Donezbeckens besteht, die in engen Beziehungen zu einzelnen Agenten einiger deutscher Industriefirmen und des polnischen Geheimdienstes stehen.

Als Agenten dieser Organisation in der Sowjetunion dienten Ingenieure, Techniker und Steiger sowie Angestellte, die von ihren ehemaligen Direktoren Gehalt bezogen und Sonderbeträge von Agenten des ausländischen Spionagedienstes erhielten. Die Organisation befaßt sich bereits jahrelang mit böswilliger Sabotage und Unterhöhlung der Koh-

lenwirtschaft durch unrationelle Bautätigkeit, unnötigen Ausgaben sowie durch direkte Zerstörung von Grubenbergwerken und Fabrikbetrieben, durch Brandstiftungen, Explosionen und Beschädigung der Maschinen, Abbau offensichtlich verlustbringender Gruben und Stilllegung offensichtlich lukrativer, durch Ankauf unnötiger Ausrüstungen im Auslande, wie beispielsweise von Schrämmaschinen (Maschinen zur Erzeugung der Einschnitte in der Richtung der Fall- oder Streichrichtung der Lagerstätte (Schrämen) beim Bergbau), die, obwohl nur für feste Gesteinsarten geeignet, für weiche gebraucht wurden.

Es wurde festgestellt, daß überall, wo die Organisation ihre Leute einsetzen konnte, der Stand der Produktion und die finanzielle Stärke des Unternehmens katastrophal zurückging. Die Teilnehmer der Verschwörung suchten mit allen Mitteln die Lage der Arbeiter zu verschlimmern, und überboten sie gegenseitlich bei der Entlohnung probrozierter Streiks. Die Verbrecher wurden verhaftet und die Angelegenheit wird dem Obersten Gerichtshof überwiesen.

260 Menschen aus Todesgefahr gerettet.

Von einem gestrandeten Dampfer.

Boston, 9. März. Der Dampfer „Robert Lee“, der von Boston nach New York unterwegs war, meldete, daß er an der Manomah-Spibe des Kap Cod auf Grund geraten sei und zu sinken beginne. Ein Küstenwachstatter eilte ihm zu Hilfe. Infolge der heftigen Brandung wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, die Passagiere durch Rettungsmaßnahmen von der Riffe aus zu bergen.

Boston, 10. März. Der bereits gemeldete Schiffbruch des Dampfers „Robert Lee“ ist darauf zurückzuführen, daß das Schiff während eines heftigen Schneesturmes den Kurs verlor und der felsigen Küste der Massachusetts-Bay zu nahe geriet. Die Küstenwache hatte den gefährbringenden Kurs des Schiffes bemerkt. Ihre Warnung kam jedoch zu spät.

Maße der Beseitigung des Wohnungsmangels erfolgen dürfte, gänzlich verlassen. Was durch die private Bautätigkeit an Wohnungen bisher errichtet wurde, das fällt kaum nennenswert ins Gewicht, und die mit staatlicher Hilfe neugebauten Wohnungen reichen lange nicht aus, um das durch die natürliche Bevölkerungszunahme erhöhte Wohnungsbedürfnis zu befriedigen. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß sich die Zahl der Wohnungsuchenden seit Kriegsende nicht im geringsten vermindert, und daß sie sogar eine höhere geworden ist. Dennoch entschloß sich die Bürgerblockregierung jeder Rücksicht und Fürsorge für den Wohnungsbau, reißt vor dem Wucherbestreben der Hausherren alle Schranken nieder und macht die Frage der Verteilung des letzten Restes des Mieterschutzes, wenigstens in allen Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern, nicht von der tatsächlichen Notwendigkeit, sondern von den politischen Machtverhältnissen abhängig. Die Regierung verfährt hier genau so wie bei der Sozialversicherung, denn in dem einen wie in dem anderen Falle hält sie sich nicht an die sachlichen und sozialen Notwendigkeiten, hat keinerlei Sachmänner und Kenner der Verhältnisse zu Rate gezogen, sondern entscheidet ausschließlich nach den engstirnigen Gesichtspunkten kapitalistischer Geldgier.

Dieselbe Rücksichtslosigkeit zeigt sie gegen-

da der Dampfer bereits auf eine Felsbank, die von der Küste eine Meile, von Plymouth Harbor drei Meilen, entfernt ist, aufgelaufen war. Der hohe Seegang und zahlreiche Klippen machten es unmöglich, während der Nacht das Schiff mit Rettungsbooten zu erreichen. Man erwartet aber, daß heute im Verlaufe des Vormittags die Passagiere des Schiffes an Land gebracht werden können.

Boston, 10. März. Die Passagiere des gestrandeten Schiffes „Robert E. Lee“ sind sämtlich gerettet worden. Ein Rettungsboot, das zur Riffe zurückkehrte, schlug in dem hohen Seegang um. Zwei Mitglieder der Mannschaft sind ertrunken, während die übrigen sich am Boot festhalten konnten und gerettet wurden. Passagiere des gestrandeten Dampfers waren nicht an Bord des gekenterten Bootes.

über den Lebensverhältnissen der arbeitenden Massen bei der Erhöhung der Mietzinse. Nach dem Entwurfe sollen die Mietzinse innerhalb eines halben Jahres um 40 Prozent hinaufgetrieben werden. Hat sich die Regierung gefragt, ob die Mehrzahl der Mieter eine solche Mehrbelastung ihres Haushaltes wird ertragen können? Das ist ihr nicht eingefallen! Gut 90 Prozent der Arbeiter und Angestellten haben ein Einkommen, das unter dem Existenzminimum ist. Sie müssen für einen Lohn und Gehalt arbeiten, der heute schon kaum zur Befriedigung der allereinfachsten Lebensansprüche ausreicht. Auch sehr vielen Gewerbetreibenden geht es nicht so rosig, daß sie die Erhöhung des Mietzinses nicht schwer treffen würde.

Statt Hilfe den Wohnungslosen zu bringen, will die Bürgerregierung zu ihrer Vermehrung und zur Steigerung ihrer Verzweiflung beitragen, und sie öffnet dem Wucherer Tür und Tor. Darum muß den Mietern gesagt werden: Achtet mit gespanntester Aufmerksamkeit, wie sich die einzelnen Parteien bei der Beratung des Schandenwurses des Bürgerblocks verhalten werden! Das Obdach, die Existenz vieler Familien, das körperliche, geistige und sittliche Wohl der Kinder des Volkes steht auf dem Spiele! Mieter, prüft euch für ewige Zeiten die Abgeordneten und Parteien ein, welche sich hinter diesen Schandenwursch stellen!

Der linke Kurs in Rußland.

Von Peter Garwin.

Der linke Kurs in Rußland dauert an. Fast jeder Tag bringt neue Maßnahmen mit sich, die die verhängnisvolle fraktionskommunistische Politik von 1918—20 in Erinnerung bringen. Aus dem altbolschewistischen Arsenal werden die verrosteten Waffen eilig hervorgeholt. Die Parteimehrheit unter Stalins Führung rüstet sich zum Feldzug gegen die Rep. (d. h. neue ökonomische Politik).

Trotzdem wurde der linke Kurs auf dem 15. Parteitag der K. P. d. S. U. als ein Fraktionsmanöver gedacht, um der Parteioption den Boden zu entreißen. Es geht dabei nicht nur der russischen, sondern auch — wie es die jüngste Plenarsitzung der Kommunisten gezeigt hatte — der ausländischen Opposition. Die Kapitulation Sinowjews, Kamenevs und vor kurzem Bjalows wurde bekanntlich gerade mit dem Hinweis auf den durch die Parteimehrheit eingeschlagenen linken Kurs motiviert. Aber bald stellte es sich heraus, daß der linke Kurs keine vorübergehende Episode sei, daß er seine eigene Logik hat und daß er sich weit über die Grenze eines Fraktionsmanövers entwickelt hat. Dieser, gewissermaßen unerwarteten Entwicklung liegen tiefe sozialwirtschaftliche Ursachen zugrunde.

Der verzweifelte Fraktionskampf, der mit der endgültigen Niederlage der Opposition endete, war bekanntlich mehr als ein Ringen der bolschewistischen Führer um die Macht. Abm zugrunde lagen zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Kräfteverschiebungen in Stadt und Land. Gewiß war das links-kommunistische Wirtschaftsprogramm der Opposition rein utopistischer Natur. Aber es spiegelte doch die trostlose Zukunft, in die die sowjetische Wirtschaftspolitik geraten ist. Die Opposition hat die heranziehende Wirtschaftskrise vorausgesehen und gleichzeitig die sozialen Gefahren der bisherigen Wirtschaftspolitik der Partei signalisiert.

Als die Wirtschaftskrise gleich nach der Erledigung der Opposition ausbrach, wurde es klar, daß es aus der Zukunft nur zwei Auswege gibt: entweder die „Rep.“ zu erweitern und die kommunistische Wirtschaftspolitik, wenn auch nur zum Teil, aufzugeben, oder dagegen den erprobten und gewöhnlichen linken Kurs einzuschlagen. Unter den gegebenen Parteiverhältnissen war es nur begründet und folgerichtig, daß Stalin, der „Duce“, Sowjetrußlands, das linke Fraktionsmanöver in einen andauernden Linkskurs umgewandelt hat. Ob damit die akute Wirtschaftskrise überwunden werden kann, scheint mehr als zweifelhaft zu sein. Doch aber der eingeschlagene linke Kurs die Wirtschaftskrise in eine neue und viel gefährlichere politische Krise verwandelt wird, die sich bereits nicht da oben im Kreml, sondern auf dem flachen Land abspielen wird, unterliegt schon jetzt keinem Zweifel.

Die Wirtschaftskrise in Sowjetrußland ist, zum Unterschied von den gewöhnlichen kapitalistischen Staaten, keine Krise der Überproduktion, vielmehr eine Krise der Unterproduktion. Die kapitalistische Wirtschaft kannte solche Krisen der Unterproduktion nur in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Bekanntlich führten derartige Krisen auch in den kapitalistischen Staaten zur Zwangswirtschaft, die als Kriegsozialismus gedeutet wurde. Daß die bolschewistische Wirtschaft zehn Jahre nach dem Weltkriege und acht Jahre nach dem Bürgerkriege eine Unterproduktionskrise durchmachen muß, beweist am grellsten, daß der bolschewistische Staatskapitalismus als Wirtschaftssystem gänzlich verfaßt ist. Und wenn die Bolschewisten wieder zur übermäßigen Ausdehnung der Zwangswirtschaft greifen, so betonen sie damit nicht den Erfolg ihres angeblich „sozialistischen“ Aufbaus, sondern einfach das Verfaulen ihres staatskapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat sich zuerst in der Form eines Getreidestreiks der Bauern offenbart. Die Bauern weigern sich, ihr Getreide dem monopolistischen Käufer, dem Staate, zu spottbilligen Preisen zu verkaufen, um nachher die mangelhaften Erzeugnisse der Staatsindustrie ungemein teuer zu bezahlen und dabei noch an Hunger zu leiden. Die Bolschewisten besinnen sich, zu den Zwangsmitteln zu greifen, um die staatliche Getreidebeschaffung zu sichern. Nur mit Mitteln der Staatsgewalt ist es ihnen gelungen, die eigenartige „passive Resistenz“ der Bauernschaft zu brechen.

Was bedeutet aber diese Tatsache? Nur eins — daß auf dem normalen ökonomischen Wege der Warenwirtschaft zwischen Stadt und Land, zwischen der verstaatlichten Industrie und den 22 Millionen privaten Kleinrentnerwirtschaften nicht stattfinden kann. Mit anderen Worten heißt es, daß das bolschewistische Wirtschaftssystem sich nicht vom rein ökonomischen Standpunkt bewahren kann.

Aber unter den gegebenen Umständen können die politischen und zwangswirtschaftlichen Mittel nur vorübergehende Erfolge zeitigen. Mit Hilfe der roten Gewalt ist es den Bolschewisten zwar gelungen, die Weltbedrohungsgefahr zu sichern. Aber die Bauern drohen, diese Kriegskommunistische „Handels“-Methode mit der Verringerung der Saatfläche zu beantworten. Und die Sowjetregierung besitzt sich diesem verhängnisvollen Abwehrmittel der Bauernschaft mit neuen Zwangsmassnahmen zuzusetzen, um die Befähigung der Felder im kommenden Frühjahr zu sichern.

Eine Zwangsmassnahme zieht eine andere nach sich. Schon ist der „bauernfreundliche“ Volkswirtschaftsrat für Landwirtschaft, Ernährung, durch den linksgerichteten Subjekt erzeugt, der in seiner Programmatik die „Kollektivierung der Landwirtschaft“ als die nächste Aufgabe seiner Politik verkündet hat. Schon ist ein Diktator für die Befähigungskampagne zurupa ernannt. Schon wird die Schnelljustiz und Staatspolizei gegen die Bauern mobilisiert und tausende Bauern füllen die fürchterlichen Kellern der GPU.

Nur äußerlich richtet sich der linke Kurs gegen die „Lutski“, d. h. gegen die bemittelten Bauern. In Wirklichkeit treffen die neuesten Kriegskommunistischen Massnahmen die ganze Bauernschaft. Der linke Kurs droht immer mehr, sich in einen Feldzug gegen die gesamte Bauernschaft zu verwandeln. Die Bolschewisten bemühen sich sinnlos, den Bürgerkriegsgeist auf dem flachen Lande wieder anzukünden. Die Dorfpartei und die Mittelbauern werden gegen die Lutski aufgebracht. Mag dies zum Teil auch gelingen. Das wird aber gleich verhängnisvollste Folgen zeitigen und zum neuen Zerfall der Landwirtschaft und damit der Industrie, der Finanzen, der Währung unabwendbar führen. Und doch wird dieser Feldzug letzten Endes zur Vereinigung aller Schichten der Bauernschaft gegen die Stadt, gegen die Sowjetmacht, gegen die Arbeiterklasse führen, in deren Namen die bolschewistische Gewalttätigkeit und sinnlose Wirtschaftspolitik ausgeführt werden. Das ist das neueste Verbrechen, daß die Bolschewisten an der russischen Arbeiterklasse begehen.

Der linke Kurs in Stadt und Land hat schon den auch sonst engen wirtschaftlichen Spielraum der Rep stark verengt. Die verhältnismäßige Stabilität des Wirtschaftslebens, die seit 1921 eingetreten ist, ist wieder erschüttert. Alles ist wieder in Schwanen geraten. Die Unsicherheit und die Verzweiflung erfassen wieder die breitesten Massen in Stadt und Land. Der Schrei nach Ordnung und Stabilität besonders auf dem flachen Lande immer lauter. Damit wird aber die Stimmung unter der Bauernschaft ungemein verstärkt, die für einen bonapartistischen Staatsstreich hinter den geheiligten Mauern vom Kreml günstig und anspornend sein wird. Es ist auch mit der Möglichkeit von Bauernaufständen zu rechnen, wenn der linke Kurs andauern wird. Auf diese Weise hervorbekommen die Bolschewisten selbst die Geister, die sie zu meistern nicht imstande sind...

Der linke Kurs wird nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in Stadt und Land steigern, sondern auch den Fraktionskampf innerhalb der herrschenden Par-

tei aufs neue entfachen. Der „rechte“ Flügel des Siegerblocks (Rylov-Kolomin-Petrovski) scheint, die Gefahren des linken Kurses für die Parteidiktatur zu verstehen. Insofern aber auch diese Gruppe der bolschewistischen Führer, gleich Stalin und Trotski, mit beiden Füßen auf dem

Eine Viertelstunde St. Gotthard.

Genf, 10. März. Der Völkerbundrat hat heute nachmittag in einer Viertelstunde die zweite Gruppe seines Eingetragenen im St. Gottharder Zwischenfall erledigt. Der holländische Delegierte Voelckers verlas den Vordruck des Dreierkomitees, in dem es heißt:

Die Ausschussmitglieder haben entweder gelondert oder gemeinsam in mehreren langen Beratungen die dem Rat vorgelegten Dokumente geprüft. Ihre Meinung geht dahin, daß der Zwischenfall, um den es sich handelt, jegliche Aufmerksamkeit des Völkerbundes erfordert, und sie sind sich dessen bewußt, daß der Zwischenfall so vollkommen aufgeklärt werden muß, wie es nur unter Anwendung aller geeigneten Mittel möglich ist. Die Mitglieder konstatieren, daß sie, um dem Rat den abverlangten Bericht vorlegen zu können, nachträgliche Aufklärungen über verschiedene Punkte erhalten müssen. Unter anderem müssen von der ungarischen Regierung Aufklärungen verlangt werden, welche erst nach längerer Zeit gegeben werden können.

Das Komitee wird gegebenenfalls die ihm vom Rat in der Resolution erteilten Rechte zur Anwendung bringen, technische Experten, die dem Völkerbund entnommen werden, zu befragen, welche an Ort und Stelle selbst untersucht werden können, falls das Komitee die Durchführung einer Untersuchung als geeignet anerkennt. Das Komitee wird in einer weiteren Sitzung die Dokumente, die ihm gegeben werden, prüfen und will seinen Bericht dem Völkerbundrat vor seiner Junifession erstatten. Das Komitee hat in seinen vorläufigen Beratungen auch die Frage geprüft, welche Sicherungsmaß-

nahmen der Diktatur steht, ist kein Ausweg aus der Sackgasse möglich. Nur die demokratische Überwindung der bolschewistischen Diktatur kann Ruhland von neuen Seinsfuchungen und das russische Proletariat von neuen Enttäuschungen retten.

nahmen in ähnlichen Fällen, wie es der heutige Rat getroffen werden können, und behält sich das Recht vor, auf die Frage in dem an den Rat zu erstattenden Bericht zurückzukommen.

Nach Verlesung dieses Berichtes haben die anwesenden Delegierten der Kleinen Entente-Staaten und Ungarns kurze Erklärungen ab.

Der tschechische Gesandte Dr. Beberka erklärte unter anderem:

„Ich betrachte es als Ehre, abermals hervorzutreten, daß es das allgemeine Interesse war, das meine Regierung veranlaßt, die vom Rat für ähnliche Fälle, wie es der heutige ist, getroffene Entscheidung anzuwenden. Es war im allgemeinen Interesse, daß dieser Zwischenfall geklärt werde. Der Ausdruck des Rates hat sich, wie wir aus dem Munde seines Vorsitzenden hören, diesen Gesichtspunkt zu eigen gemacht. Ich begreife, daß der Rat und die von der ungarischen Regierung vorgelegten Dokumente zu kompliziert sind um sie in einer verhältnismäßig kurzen Zeit prüfen zu können, um so mehr, als bedeutende Lücken in diesen Dokumenten ausgefüllt werden müssen. Ich erwarte es als lohnend, daß dem Ausschuss des Rates die notwendigen Vollmachten gegeben werden, um die Entscheidung treffen zu können, sobald er consensu, d. h. bei voller Kenntnis der Dinge, dies wird tun können. Ich bin überzeugt, daß der Ausschuss diese Prüfung fortsetzen und daß er kein Mittel das ihm der Rat zur Verfügung stellt und das geeignet wäre, die Frage in allen ihren Einzelheiten zu klären, beiseite lassen wird.“

Der Vorsitzende erklärte den Bericht des Ausschusses für angenommen.

Inland.

„Mehr Liebe!“

Das Alexikale Jägerndorfer „Volk“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem sozialistischen „Schrei nach der Macht“. Die Auseinandersetzung wird in geschmackvoller Weise durch folgende Bemerkung eingeleitet:

„Heute ist sie (die Sozialdemokratie) in ganz Mitteleuropa aus ihren Machtstellungen verdrängt und stülft vom trockenen Brote der Opposition ihr Dasein, nachdem sie sich länger als ein halbes Jahrzehnt an den fetten Früchten der Regierungsschüssel satt gegessen hatte. Der aber einmal gewohnt war, Broten zu essen, dem ist trockenes Brot ein Grauel, besonders wenn sein ganzes Sinuen und Denken auf rein irdische Dinge eingestellt ist, wie bei den Sozialdemokraten. Kein Wunder also, wenn man in diesem Lager alles daransetzt, um wieder zur Macht zu kommen.“

Das mit den fetten Regierungsschüsseln, um nicht geradezu Knödel zu sagen, haben die Christlichsozialen wohl aus ihrer eigenen Erfahrung zu beurteilen. Sie pflegen uns ja immer nach sich zu beurteilen, und da bei ihnen eine jahrzehntelange Teilnahme an der Macht nur auf ein Jahr fünf durch das trockene Brot der Opposition abgelöst wurde, sind sie ohne Zweifel berufen, über

das Gefühl, das eine von der Krippe gestohlene Parole hat, Auskunft zu geben. Wir verwahren uns nur dagegen, daß die Regierung einer solchen Minister- oder Kabinetskrisis auch zum Wahlscheitern unserer politischen Absichten gemacht werden. Der Artikel wird aber eigentlich interessant erst zum Schluß. Da entringt sich nämlich dem sonst so steifgeordneten Alexikalischen Politiker, nachdem er vorher „nachgewiesen“ hat, daß die Sozialdemokratie nirgends die Macht erobern könne, doch folgender Schrei:

„Sollen wir zusehen, wie die Arbeiterklasse nicht nur politisch und wirtschaftlich verelendet, sondern auch noch seelisch völlig bankrott wird? Nein! Das können und dürfen wir nicht! Sorgen wir hinein in den Pulsschlag unserer Zeit, wir werden mitten im Ätzen des Hasses und der Eutzi nach Verdrängung den lauten Ruf nach „Mehr Liebe“ hören. Unsere Aufgabe ist es, diese Liebe zu bringen. Nicht nur zu künden, sondern zu tun! Sollen wir ganze Christen sein, müssen wir auch dem sozialen Programm des Christentums zur Verwirklichung verhelfen! Also, an die Arbeit!“

An die Arbeit! Die christlichsoziale Partei hat die Erfüllung dieser entschiedenen Parole ja schon vorweggenommen.

Mehr Liebe! — hat nicht die christlichsoziale Partei, in Liebe zum Volke zum Arbeiter aufgehend, die Ziele beschlossen, die uns die Lebensmittel um zehn bis zwanzig Prozent verteuert

haben? Hat sie nicht die Steuerreform Gesetz werden lassen, damit den Arbeitern die Steuer von den Lohnkreuzern abgezogen werde, hat sie nicht für die Arbeiterlöhne die Militär-dienstzeit verlängert? Baut sie nicht den Mieter Schutz ab und erpreßt so den Arbeitern kaum tragbare Summen für das elende Obdach? Werden nicht Hunderttausende aus der Sozialversicherung hinausgeworfen? Alles aus Liebe!

Den Pulsschlag unserer Zeit wollt ihr abhören? Best die Listen der Selbstmörder, lest die Verdrücktenrubriken, lest die Lohnlabellen und vergleicht sie mit den Jahresberichten der Aktien-gesellschaften! Best, wie es den Arbeitern in den Bergarbeitersdörfern, im Erzgebirge, im Böhmerwald geht, und vergleicht damit die Ballberichte des „Proger Tagblatt“! Seht Euch die Folgen einer zweijährigen Bürgerblockade an, die wachsende Verelendung auf einen den wachsenden Reichtum auf der anderen Seite!

Mehr Liebe! Verfündet es nur, aber seht, daß ihr mit dem Herrn Seipel nicht in Konflikt kommt, dessen Parole ganz anders lautet: Keine Milde! Angesichts der neunzig ermordeten Wiener Arbeiter, der niedergeschossenen Frauen und Kinder gesprochen, wird das Wort Seipels all euer heuchlerisches Bekenntnis zum „Christentum der Tat“ überönen und bei der Abrechnung mit euch, die ihr mehr Liebe verlangt, aber stets mehr Fah läet, wird es auch unsere Parole werden: Keine Milde für die Blutsauger des Volkes!

Gemeinsame Protestversammlung in Troppau.

Freitag abends fand im größten Saale Troppaus eine gemeinsame Protestversammlung der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten statt, die sich gegen die von der tschechisch-deutschen Bürgerregierung neuerlich geplanten Attentate auf die arbeitenden Schichten wandte. Tschechische Referate erstatteten, lebhaft applaudiert, Senator Genosse Witt und Abg. Prokes. In deutscher Sprache referierte Abg. Genosse Seeger, der insbesondere mit den deutschen Regierungsparteien scharfe Abrechnung hielt. In fast einstimmiger Ausführung zeigte Genosse Seeger — oft von Zustimmung unterbrochen — auf, welche arbeitersfeindliche Stellung sowohl die Christlichsozialen als auch die Gewerdeparteien — nicht zu reden von den Agrariern — bei jeder sich ihnen bietenden Gelegenheit einnehmen. Ausführlich beschäftigte sich der Redner mit den neuesten Absichten der Bürgerregierung: Verschlechterung der Sozialversicherung, neuerlicher Abbau des Mieterschutzes. Seine mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß Gen. Seeger mit der Aufforderung, die Antwort dem reaktionären, ohne jede soziale Einsicht regierenden geeinten Bürger-tum bei den kommenden Wahlen zu geben: Gegen das geeinigte Bürgerium, das geeinte Werkstatte des Volks! Einheitsig wurde dann eine von den Vorsitzenden der eindrucksvollen Versammlung Gold und Jurek verlesene Resolution, die sich besonders gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung wendet, angenommen. — Der Versuch eines Kommunisten, die einmütige Versammlung zum Tummelplatz seiner Phrasen zu machen, mißlang.

Die Krankenversicherung der Privatangestellten. Die mit der Ausarbeitung dieses Gesetzes betraute Subkommission beschloß nach einer Meldung der PTM, keinen eignen Verband der Krankenversicherungen zu errichten, sondern zu beantragen, daß die Aufsicht über die Heilspflege zwischen dem allgemeinen Pensionsinstitut und den einzelnen Bezirkskrankenkassen aufgeteilt werde. Das ganze Elaborat ist bereits fertig und wird dem Fürsorgeministerium übergeben.

Ibnus.

Der Roman eines Revolutions-Aventuriers von Alexej Tolstoj.

„Ja!“ antwortete man kurz und bündig hinter der Kette. Dieses Gespür interessierte Semjon Iwanowitsch daran, daß er seine Nase unvorsichtigerweise noch um ein Stück weiter vorschob. Bei dem entstandenen Geräusch dreht sich der Gouverneur plötzlich herum und packte Semjon Iwanowitsch fluchend beim Kragen. Njeforow freischte. Der Gast des Gouverneurs erhob sich rasch, das Licht der Kerze fiel gerade auf ihn — es war derselbe schöne junge Mann mit den blauen Augen, der Njeforow soviel Angst eingelegt hatte.

„Sehr gut,“ sagte er, „wir haben mit Ihnen zu sprechen!“

Und er führte Semjon Iwanowitsch weit vor auf die Nase des Dampfers, dorthin, wo die Anker lagen, mit ihren vom Tau nassen Ketten, und wo die schwarze Kante des Vorder-siebens unveränderlich gegen Westen strebte.

„Mein Name ist Prilukow,“ sagte der junge Mann, „wenn ich mich nicht irre, habe ich das Vergnügen mit Semjon Iwanowitsch Njeforow — nach dem Päch Simon Nawaraki.“ — Njeforow lief das Wasser im Munde zusammen, er war unfähig zu antworten. „Sie haben der Freiwilligen Gegenpionage wichtige Dienste erwiesen. Außerdem haben Sie das Protokoll über die Hinrichtung des Grafen Schamborin mit unterzeichnet. Man hat Sie als fähigen und vertrauenswürdigen Menschen kennengelernt.“

„Entschuldigen Sie Herr Prilukow, eigentlich ist mehr das Handelsfach mein Fall...“

„Es wird auch die Zeit wiederkommen, ver-ehrter Semjon Iwanowitsch, wo Sie die Möglichkeit haben werden, Ihren Privatangelegenheiten nachzugehen. Jetzt aber gehört Ihr Leben Gott, dem Vater und dem Vaterland! Ach, Väterchen, widersprechen Sie nicht, das wäre zwecklos! Mit einem Wort: Ihre Bereitschaft, sich meinen Anordnungen zu fügen und zu sch-w-e-i-g-e-n, wie das Grab — verstanden?“ Prilukow näherte Semjon Iwanowitsch seine eifigen, furchtbaren Augen. „Sie, mein Teurer, waren bis zum Jahre 1917 in einem Transportbüro angestellt. Sie haben einen Antiquitätenhändler ermordet und beraubt, einen englischen Untertan... schweigen Sie, sage ich!... Haben wiederholt Ihren Familiennamen geändert... Sie haben in der Bande des Alaman Engel als Kassierer gedient... All dies ist vollkommen genügend, um Sie im ersten besten Hafen, der unter englischen Kommando steht, aufhängen zu lassen... Außerdem stehen Sie auf der Liste der Gegenpione und sind mir unmittelbar untergeordnet... Genügt Ihnen das?“

„Es genügt mir,“ sagte der unglückselige Semjon Iwanowitsch. Er sah nur ein paar Zentimeter vor seiner Nase die erbarmungslosen Augen. „Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

„Sollte es möglich sein — Ibnus?“

Sollten Sie es sich aber einfallen lassen, überflüssiges Zeug zu schwatzen — werden Sie unbedingt aufgehängt. Klar? Es gibt nichts mehr zu fragen...“

Blödsinn wandte sich Prilukow um und glitt geräuschlos, in gebückter Haltung, unter die Ankerwinde.

Devo, die Theosophin, näherte sich, in eine Decke gehüllt, Semjon Iwanowitsch: „Nach ein Bruder im Geiste schläft nicht!“ begann sie mit nachlässiger Stimme — „Ich habe Sie von weitem gefühlt... Man kann den Sternenhimmel nicht ohne Erregung betrachten. Liegen doch dort unsere zukünftigen Heimat. In Millionen von Jahrhunderten wandern wir von einem Stern auf den anderen, Bruder, ich fühle Ver-nauen zu Ihnen! Ich will den Vorhang des Geheimnisses ein wenig lüften. Sehen Sie hier beispielsweise auf den Nordstern...“

Die Theosophin streckte den Arm aus — die Decke glitt von ihren Schultern. Semjon Iwanowitsch, der sich in einem Zustande völliger Geistesverwirrenheit und Einschlüchterung befand, begann die Sterne zu betrachten und lauschte lange der geheimnisvollen Erzählung Devos über Metamorphosen und darüber, daß ursprünglich alle Menschen, darunter auch sie und Semjon Iwanowitsch, auf der Sonne als Pflanzen gelebt haben — mit dem Kopf nach unten und den Beinen nach oben. Njeforow begann es schließlich wirklich im Kopf ganz wirt zu werden, so groß war die Zahl der Eindrücke dieser Nacht...

Auf dem Oberdeck, unbeweglich und düster, stand, mit leuchtenden Augen, die gebeugte Gestalt des Revolutionärs. Weiß der Teufel, was er von dort oben beobachtete: die Sterne, das schwache Leuchten der Meeresfluten, die sich zu beiden Seiten des Dampfers teilten — oder die nächtlichen Gespräche an Bord.

Sehr früh morgens trocknen alle Bewohner aus den Kiekräumen. Die Maschinen standen still. Der Dampfer hatte Anker geworfen. Verrennen, Ded, Koffer, Geländer — alles war vom Nebel nah. Selbst die Masten waren nur bis zur Hälfte sichtbar.

Aber mit der Zeit traten rechts, sehr weit, wie es schien, hoch oben orangefarbige Flächen hervor, Rechtecke, die ausfahlen wie aufgespannte Stoffstücke. Drin brannten kleine Büschel gläser-ner Lichter. Die Flächen kletterten höher, eine über die andere. Es waren die weißstodigen Häuser von Pera.

Die warme Sonne stieg hoch. Der Nebelvorhang wurde immer dünner. Links traten hell-blau, wie der Nebel, die leichten Konturen von Stambul hervor — die Minarett, die in der Luft hängende Kuppel der Agia Sofia, die Moschee von Sulejmann, pyramidale Pappeln, die quadratischen Türme des alten Byzanz. Am nassen Geländer sprach man: „Ach, wie schön, Wanja, sieh doch!“

„Genau so wie auf den Zigarettenhochsteln. Man kann sogar alles wiedererkennen!“

„Da haben Sie Zarigrad!“ Serous! Ange-langt!“

„Schön wäre es, wenn man da den Halb-mond herunternehmen könnte... und an seiner Stelle — ein Kreuz... Ach, da haben wir wieder etwas veräumt...“

„Das macht nichts. Wir werden warten. Es läuft uns nicht davon!“

„Man sagt, die Türken seien schrecklich schweinige Kerle?“

„Ganz im Gegenteil — die edelste Nation!“

„Und heute werden wir kaufen, meine Herren!“

*) Untrüfflicher Ausdruck für Konstantinopel.

(Fortsetzung folgt.)

Veränderungen in der Regierung?

Svechla, Englis und Peroutka sollen zurücktreten.

Schon seit einiger Zeit sind in Prag Gerüchte verbreitet, daß es innerhalb der Regierung zu gewissen Veränderungen kommen werde. Ministerpräsident Svechla soll wieder von seinem Amte beurlaubt sein, das sich merkwürdigerweise immer dann einstellt, wenn im Schoße der Regierungskoalition Schwierigkeiten entstehen. Das Gerücht von einem Rücktritt Svechlas schien jedoch dadurch demontiert worden zu sein, daß dieser Tage Svechla wieder im Amte erschien und dem Präsidenten Masaryk an dessen 78. Geburtstag persönlich die Glückwünsche der Regierung überbrachte. Nun meldet jedoch das „Pravo“ gestern, daß der Ministerpräsident am Freitag abermals ernstlich erkrankt ist und nach Hofbräu überführt werden mußte. Der Ministerpräsident hätte nur deswegen verabschiedet, sein Amt wieder zu übernehmen, weil die Verhältnisse, die innerhalb der Regierung unter der Führung des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, des Ministers Stramek, entstanden waren, ein Ende des Provisoriums des Regierens des Präsidenten erforderten. Im Falle Svechla längere Zeit krank sein sollte, dürfte er als Regierungschef zurücktreten und durch einen anderen Führer der Agrarpartei ersetzt werden. Als aussichtsreichste Kandidaten für die Nachfolgerschaft Svechlas werden Abgeordneter Dr. Viskovsky, Unterrichtsminister Dr. Hodza und der Präsident des Abgeordnetenhauses Malypetr genannt. Gleichzeitig damit werde eine gewisse Rekonstruktion der Regierung vorgenommen werden, die freilich politische keine Bedeutung haben soll. Die „Lidové Noviny“ berichten da, daß an der Börse Gerüchte über den Rücktritt des Finanzministers Dr. Englis verbreitet sind. Auch davon wird seit einiger Zeit gesprochen und es werden da als Ursachen des Rücktritts des Finanzministers Differenzen angeführt, die dieser mit der Agrarpartei hat. Als Nachfolger des Finanzministers wird der jetzige Regierungschef der Nationalbank, Professor Dr. Erdl, genannt, der schon einmal, und zwar in der ersten Regierung Cerny, Minister gewesen ist und der der Theoretiker der Agrarpartei und ihr Exponent in der Nationalbank ist. Gleichzeitig sollen die Wünsche der Nationaldemokraten erfüllt werden, die, obwohl sie der Regierungsmehrheit angehören, in der Regierung offiziell nicht vertreten sind. Sie sollen das Handelsministerium erhalten, das gegenwärtig von dem Beamten Dr. Peroutka verwaltet wird. Zum Nachfolger Peroutkas sollte ursprünglich Abgeordneter Dr. Matoušek ernannt werden, dessen Ernennung aber mit Rücksicht darauf, daß er im Vorjahr im Abgeordnetenhause die Tätigkeit des gegenwärtigen Außenministers scharf kritisiert hat, unterblieb. Es dürfte also Handelsminister Abgeordneter Ing. Novak werden, der dieses Amt schon mehrmals bekleidet hat.

Die Plenarsitzung des Senates tritt Dienstag, den 13. März, um 4 Uhr nachmittags zu. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses zum Beschluß des Abgeordnetenhauses betreffend den Regierungsantrag zum Gesetz über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes; 2. Antrag auf verkürztes Verfahren des Regierungsantrages zum Gesetz über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes; 3. Zweite Lesung des Berichtes des Budget- und verfassungsrechtlichen Ausschusses über den Beschluß des Abgeordnetenhauses zum Regierungsantrag betreffend das Gesetz über die Übernahme der Vorkriegsschuldenversicherung; 4. Fortsetzung der Debatte über die Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten; 5. Mitteilungen des Verfassungsrechtlichen Ausschusses zum Antrag des Abgeordnetenhauses betreffend den Gesetzentwurf, laut welchem eine Neuorganisation der Kreisgerichte in Pilsen und Pilsen für die nächste Zeit geplant wird. Die Vorstandskonferenz des Senates und die Klubmännerkonferenz finden gleichfalls Dienstag, den 13. März, um halb 4 Uhr, statt.

Der Aufstand im Irak.

England setzt alle Kräfte zur Niederschlagung ein. London, 10. März. „Morning Post“ berichtet aus Bagdad: Bei den Unruhen an der südwestlichen Grenze des Irak handelt es sich anscheinend diesmal um etwas Ernstes als um die üblichen Raubzüge einzelner Stämme. Dank der britischen Luftstreitkräfte werden jedoch die Operationen jetzt weit in die Wüste getragen und die feindliche Landbevölkerung des Irak kann deshalb einsteilen an ihren Wohnstätten verbleiben. Fast alle Geschwader der britischen Luftstreitkräfte sind eingesetzt. Operationsflieger sind in Chalkida. Einige indische Truppen wurden vor kurzem nach Schabab verlegt, dagegen bleiben die Truppen des Irak auch jetzt noch in ihren Garnisonen. Ein britisches Flugzeug wurde abgeschossen. Es gelang dem Führer, es in Brand zu stecken, bevor er selbst erschossen wurde. Seine Leiche wurde von einem anderen Flugzeug nach Bagdad gebracht. Ein anderer Flieger wurde unter aufregenden Begleitumständen gerettet. Sein Flugzeug wurde abgeschossen, zwei andere Flugzeuge landeten aber an seiner Seite, und er entkam an Bord des einen der hinzugekommenen Aeroplane. Der britische Kreuzer „Emerald“ und zwei andere in Koweit befindliche britische Schiffe haben Landungsabteilungen ausgeschickt.

Wo stehen die Totenschänder?

Die Totenschänder gefallen sich in den letzten Tagen wieder einmal in der Pose der Ehrenretter des deutschen Volkes. Der „Tag“ schüttelt seine Schmutztafel über die deutschen Sozialdemokraten aus, weil in Teplitz und Aussig am 3. und 4. März Tanzunterhaltungen abgehalten wurden, während angeblich die Totenschänder allein der Toten des 4. März 1919 gedacht hätten. Wohl gemerkt, die im „Tag“ kritisierten Unterhaltungen wurden nicht durch die sozialdemokratische Partei, oder einer Sozialorganisation, sondern in Teplitz durch eine Gewerkschaft, in Aussig durch den Gastwirt und das Personal des „Volkshauses“ veranstaltet. Es zeigt die ganze Niederträchtigkeit der Totenschänder, die aus den traurigen Ereignissen des 4. März 1919 schamlos ein politisches Geschäft machen wollen, wenn ihr Blatt schreibt: „Wofür die roten Genossen an den gleichen Tagen, zur gleichen Stunde, in Redouten ihre geilen Regier- und Diktatorien schoben.“ So wagen die Aufführer Redakteure des Totenschänderblattes zu schreiben, die stets dem reaktionären Bürgerpartei die Stange halten, die sich am 4. März 1919 und an den Augusttagen in Auffig im sicheren Hinterhalt hielten; so wagt das Blatt einer auch Arbeiter-Partei zu provozieren, das in einem Leitartikel am 18. November 1919 verkündete: „Unsere Partei ist betrunken im nationalen und sozialen Kampf die Sturmtruppe zu sein für unser geliebtes Volk der schaffenden Arbeit“, während die eigenen Parteifunktionäre vorher und nachher ihre Hauptaufgabe darin erblickten Schuster an Schuster mit den ärgsten Arbeiterfeinden den Lohnabbau, die Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse bei den Gemeindefunktionären zu betreiben; so hegt das Blatt einer

Der Konflikt in der deutschen Metallindustrie.

Neuer Schiedsspruch.

Berlin, 10. März. Die neueingeleichte Schlichtungskammer hat in dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie einen Schiedsspruch gefällt, wonach bis zum 30. Juni 1928 (längstens aber bis zum Abschluß eines Lohnvertrages) für die Facharbeiter und die Angelernten die Stundenlöhne und Akkordverdienste der Werkzeugmacher in den einzelnen Betrieben oder Betriebsabteilungen mit dem Arbeiterrat unter Hinzuziehung von Vertretern der Werkzeugmacher einer Nachprüfung unterzogen werden. Kommt keine Einigung zustande, wird eine von den beiden Vertragsverbänden eingesetzte paritätische Kommission die Akkordberechnungsgrundlage für die einzelnen Werkzeugmacherguppen festsetzen.

Der Manteltarifvertrag wird durch eine für die Werkzeugmacher geltende Anlage ergänzt, wonach, soweit eine Kalkulation möglich ist, Arbeiten der Werkzeugmacher in Akkord ausgeführt werden können. Bei Streitigkeiten hat eine Kommission der Arbeitnehmer mit der Betriebsleitung darüber zu verhandeln, ob die Arbeit im Akkord auszuführen und wie hoch der Akkord festzusetzen ist. Kommt es nicht zu einer Einigung, so soll eine von den beiden Vertragsverbänden zu ernennende paritätische Kommission von je drei Fachvertretern endgültig entscheiden.

Die Arbeit wird zum frühesten Termin aufgenommen. Der Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des Tarifvertrages. Maßregelungen finden nicht statt. Die Erklärungsfrist läuft bis 12. März 1928, 10 Uhr vormittags.

Die Streikleitung lehnt ab.

Berlin, 10. März. Die erweiterte Streikleitung des deutschen Metallarbeiterverbandes hat den neuen Schiedsspruch des Schlichters heute abend nach mehrstündiger Beratung abgelehnt, weil die festgesetzten Löhne nicht den Wünschen der Werkzeugmacher entsprechen.

Kaiserlich-reaktionäre Korruptionisten.

Berlin, 10. März. (Eigenbericht.) Aufsehen erregten vor einigen Wochen schwere Angriffe, die von sozialdemokratischen Provinzialtagsabgeordneten gegen die Verwaltung der Provinz Brandenburg gerichtet wurden. Bei der Provinz hat ein schwarzer Fonds von 600.000 Mark bestanden, der zu allen möglichen Zwecken verwendet wurde. 36.000 Mark verschwanden durch Unterschlagungen, große Summen gingen durch Überpreise bei Käufen in die Taschen eines Verwandten des Rechnungsdirektors, höheren Beamten wurden große Darlehen gewährt. Unter dem Eindruck dieser Feststellungen wurde eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnisse nun vorliegen und die durchaus die Feststellungen der Sozialdemokraten bestätigen und mit den gemachten Ergänzungen für die Verwaltung einfach niederschmetternd sind. Die Einleitung der gerichtlichen Verfolgung ist sofort veranlaßt worden. Die größten Unregelmäßigkeiten haben sich bei der Ausrüstung einer Heilanstalt gezeigt. Hier hat man mehr als hundert Zimmereinrichtungen, Klavier, Pferde und Wagen und so weiter direkt verschoben. Wofür Hunderttausende

ausgegeben worden waren, hat man für eine Summe weggegeben, die nicht einmal den Geldwert eines Briefmarkens entspricht!

Bemerkenswert ist, daß die schuldigen Beamten sämtlich aus der kaiserlichen Zeit stammen und den Rechtsparteien angehören.

Keine Waffen nach China!

Peking, 10. März. In Anbetracht dessen, daß sich die nie endenden chinesischen Bürgerkriege nun auf fast das ganze Land ausgedehnt haben, hat das diplomatische Korps beschlossen, die Regierungen telegraphisch zu ersuchen, das Verbot der Waffenausfuhr nach China, das 1919 in Kraft trat wirksamer zu gestalten. Die Diplomaten lenken die Aufmerksamkeit ihrer Regierungen auf die Wichtigkeit des betreffenden Abkommens, das die Notwendigkeit auspricht, die Waffenausfuhr und den Waffentransit nach China zu verhindern. Das Telegramm erludt die Mächte, die bis jetzt keine entsprechenden Maßnahmen ergreifen haben, es sobald wie möglich zu tun. (Wir wünschen vor allem, daß die Tschechoslowakei sich diesen Beschluß zu Herzen nehme! Ann. d. Red.)

Ein inympathisches Mißtrauensvotum.

Delhi, 10. März. Der Antrag auf Vertagung der Debatte betreffend das Militärbudget wurde von der gegebenen Versammlung mit 70 gegen 41 Stimmen angenommen. Dieser Antrag bedeutet ein Mißtrauensvotum für die Regierung in Sachen der Errichtung einer militärischen Lehranstalt in Indien.

Blutdruck der amerikanischen Imperialisten.

London, 10. März. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ berichteten in Cuzco (Columbien) aus Caracas (Venezuela) eingetroffene Reisende, daß wegen der Erschießung von 30 Studenten durch die Polizei bei Kundgebungen gegen den Präsidenten Gomez, die im Zusammenhang mit der amerikanischen Mission in Nicaragua standen, als Wiedervergeltung sechs Polizisten inhaftiert worden seien. Das gesamte Gesellschaften in Caracas sei drei Tage lahmgelegt gewesen. Unbestätigten Gerüchten zufolge soll der französische Gesandte, der von letzteren Blutvergießen zu verhindern suchte, den Befehl erhalten haben, das Land zu verlassen. Bei den Unruhen sollen auch der holländische Gesandte und der Sekretär der Gesandtschaft von Cuba verwundet worden sein.

Sie haben halt eine Antibathie gegen die Republik!

München, 10. März. Durch die Presse gehen Gerüchte, daß gegen die Finanzverwaltung des Prinzen von Hohenzollern ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden sei, da der Generalbevollmächtigte des Fürsten Sothammerpräsident Weishan die Steuerbehörde um Millionen geschädigt habe. Demgegenüber wird dem Volksbureau von dem Vertreter des Präsidenten Weishan Prof. Meinhart in München erklärt: „Präsident Weishan hat privat einen Teil seiner persönlichen Bezüge nicht versteuert und hievon die Finanzbehörde vor Einleitung eines Verfahrens verständigt. Alles andere ist vollständig erfunden.“

Kommunistischer Opportunismus.

Die Religionsfrage in Sowjetrußland.

Im kommunistischen Verlag von Carl Hohn Nachf., Hamburg-Berlin, ist eine 66 Seiten starke Broschüre erschienen, die die Stellung der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation wiedergibt. Natürlich wird der Bolschewismus über den grünen Alee herausgehoben und der „Reformismus“ in Grund und Boden verdammt. Gleichwohl muß Stalin eine Reihe von Schwierigkeiten des russischen Sowjetsystems zugeben.

Was interessiert heute lediglich die Frage der amerikanischen Delegierten, wie es die russischen Bolschewiken mit der Religion halten. In der Antwort Stalins (Seite 46 der Broschüre) wird erklärt, daß es formal gesprochen, bei uns Aufnahmebedingungen für die Parteimitglieder, die von den Kandidaten beim Eintritte in die Partei einen unbedingten Atheismus fordert, nicht gibt. — Die Gefesgebung des Landes ist eine derartige, daß jeder Bürger das Recht hat, jede beliebige Religion zu predigen. Das ist eine Gewissensfrage für jeden. Gerade deswegen haben wir die Trennung der Kirche von Staat und Kirche durchgeführt. Stalin fügt hinzu, daß zugleich jedem Bürger das Recht gegeben wurde, durch Ueberzeugung, durch Propaganda gegen diese oder jene Religion und gegen die Religion überhaupt zu kämpfen. Die Partei könne nicht neutral sein, gegenüber den Trägern der religiösen Vorurteile, gegenüber der reaktionären Geistlichkeit. Man habe diese unterdrückt, leider ist sie noch nicht völlig liquidiert.

Statt einer „völligen Liquidation“ ist inzwischen eine neue Verständigung mit der Geistlichkeit Sowjetrußlands eingetreten. Die „Allrussische Kirchenzeitung“ berichtet in der Jännernummer folgendes:

„Gegen Ende 1927 kam die Nachricht von einem Friedensschlusse zwischen Staatsmacht und Kirche. Nun verbreitet Stalin, der die Macht über in Rußland, durch die großen Wälder Europas selbst einen Artikel, in dem er diesen Friedensschluß bespricht, der „durch Fanatiker auf beiden Seiten verzerrt worden ist.“ Er sagt (nach der „N. Fr. Pr.“) da u. a.: Die antireligiösen Fanatiker predigen eine Politik der Ausrottung der Kirche und verwechseln in ihrer Unwissenheit Kirche mit Religion und Religion mit Glauben. Geblendet von ihrem Fanatismus, brachten sie Sowjetrußland bei der übrigen Welt den Ruf ein, daß es darauf anginge, den Glauben der Menschheit an die Religion zu zerstören.“

Sowjetrußland hat nicht die Absicht, den Glauben der Menschen an irgendeinen Gott, den sie verehren, zu zerstören, und will auch keine Form bekämpfen, in der die Menschen ihren Glauben ausdrücken suchen. Selbst der blinde Fanatiker, der darauf ausgeht, die Religion zu zerstören, ist im Innersten seines Herzens religiös; er hat ein Ideal, für das er sein Leben zu opfern bereit ist.

Niemand kann ohne ein Ideal leben, aber was wir Unreligiösen ein Ideal oder eine „Sache“ nennen, das wird ein gläubiger Angehöriger der orthodoxen russischen Kirche oder irgendeiner anderen Kirche vielleicht Religion oder Glauben nennen. 95 Prozent der Einwohner Rußlands ziehen es vor, ihre Ideale eine Religion zu nennen. Es ist daher politische Torheit und ein Verbrechen an der Sowjetsache, eineiniger weniger Worte willen über deren Auslegung wir nicht übereinstimmen können, sich gegen die Massen zu stellen. Immer hat sich der Versuch, die Menge in Religionsfragen gegeneinander aufzuwiegen, letzten Endes an dem gerächt, der diesen Versuch unternahm.

Zu Beginn war ein Großteil dieser Religionsführer heftig gegen eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Andererseits wurden wir ständig durch Dummköpfe im eigenen Lager gehemmt. Wir hatten Gebuld mit beiden Seiten. Nach und nach jedoch begannen die wahren Anhänger der Kirche einzuklinken, daß sie, so lange die Kirche dem Staat keinen Widerstand entgegensetzt, und sich auf die geistige Herrschaft und gottesdienstliche Tätigkeit beschränkt, frei und ungehindert der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten nachgehen könnten.

Ohne kontrollieren zu können, ob Wort für Wort dieses Berichtes der „Allruss. Kirchenzeitung“ (Währ. Schönberg) den Tatsachen entspricht, steht doch unumstößlich fest, daß Stalin und seine Betreuen in der Religionsfrage eine reine opportunistische Politik treiben. Die kommunistischen Gangradikalen, welche herum-schreien, dem „Volke muß die Religion aus dem Herzen gerissen werden“, dürften daran keine große Freude haben.

Der rollende Rubel.

New York, 10. März. Seit einiger Zeit beschäftigt sich die amerikanische Öffentlichkeit lebhaft mit dem Schicksal einer Goldsendung von fünf Millionen Dollars, die aus Sowjetrußland an die Chase National Bank überwiesen wurden. Wie nunmehr gemeldet wird, soll die Bank von Frankreich gezielte Schritte unternommen haben, um auf diese Summe, deren Bestimmung nicht geklärt werden könne, Beschlag zu legen. Die Bank von Frankreich soll als Begründung geltend machen, daß sie vor der Sowjetrevolution einen Betrag in gleicher Höhe bei der Russischen Staatsbank deponiert habe.

Sechs Personen mit Kohlenoxyd vergiftet. In dem in der Nähe von Jülich gelegenen Orte Nofau ereignete sich während der Donnerstags-Nacht ein schweres Kohlenoxydvergiftungsfall. Bei dem Fleischermeister Weiß wohnten in einem Zimmer gemeinsam drei Fleischergehilfen, zwei Gefährte und ein Kutscher. Als diese abends von der Arbeit kamen, legten sie in dem Kachelofen noch einmal Steinkohlen nach und schlossen ihn wahrscheinlich zu früh, wodurch sich das Kohlenoxyd entwickelte. Als der Fleischermeister früh die Gefährten wecken wollte, fand er alle sechs bewußtlos vor. Einer der Gefährten, Franz Kubitz aus Berlin, war tot, zwei schweben in Lebensgefahr, während man die drei anderen durchzubringen hofft.

Zieben Tage in der Eiswüste. Zwei amerikanische Armeelieferanten und ihr Eskimoführer hatten mit einem Flugzeug über der Hudson-Bay Eisbeobachtungen gemacht, mußten aber wegen Brennstoffmangels eine Notlandung auf einer Eisscholle vornehmen. Dabei brach das Untergerüst und der Propeller des Apparates. Die drei Männer entschlossen sich, die Küste nach Osten zu erreichen. Inzwischen hatte ein furchtbares Schneetreiben eingesetzt. Nachdem sie eine Nacht durchmarschiert waren, wurde das Wetter klarer. Die Verirrten haben um sich nichts als Wasser und Eis. Sie schickten sich zum Rückweg an, da sie in der Richtung, aus der sie gekommen waren, aus der Wolkendecke das Vorhandensein von Land schlossen. Nach sechstageigem Marsch bei einer Kälte von 35 Grad Celsius erreichten die Flieger festen Boden. Dem Tode des Verhungerten sind sie angeblich nur dadurch entronnen, daß es ihnen unterwegs gelungen war, ein Walroß zu schießen, dessen Fleisch sie roh verzehrten. Nach ihrer Ankunft an Land vergingen nochmals mehrere Tage, bis die Drei, völlig erschöpft, von einem jagenden Eskimo aufgefunden und nach Fort Purcell gebracht wurden.

Gelenksrheumatismus und Tuberkulose. In einem Vortrag in der Gesellschaft der Ärzte in Wien verteidigte Freitag der Primarius Dogen Dr. Reitter auf die Zusammenhänge zwischen akutem Gelenksrheumatismus und tuberkulösen Veränderungen im Organismus, Beobachtungen, auf Grund deren Kenntnis man hofft, Mittel und Wege zu finden, um die Zahl der akuten Gelenksrheumatischen Herabzubringen.

Zwei Kinder erstickt. Der Arbeiter Kupfers in Aler und dessen Gattin gingen dieser Tage in die Arbeit und ließen ihre drei Kinder allein zurück. Das älteste der Kinder, ein vierjähriger Knabe, zündete ein Feuer an, das sich auf sich griff. Als die Eltern herbeieilten, fanden sie die zwei kleineren Kinder im Bett erstickt, der größere Knabe hatte erhebliche Brandwunden erlitten, die seine Abgabe in das Kaiserliche Krankenhaus erforderlich machten.

Vom elektrischen Strom getötet. Am Mittwoch ereignete sich in Paris ein bei Trauernden in der Betriebsabteilung des Elektrizitätswerkes Châtouin ein schwerer Unglücksfall. Der 25jährige Elektriker Bente kam im Schaltaum mit der Stromleitung in Verbindung und wurde auf der Stelle getötet. Der Verunglückte war erst seit kurzem verheiratet.

Das Martyrium der Sechsjährigen. Wegen schwerer Mißhandlung ihrer sechsjährigen Tochter wurden am Freitag in Berlin der Arbeiter Werner zu einem Monat Gefängnis und seine Ehefrau zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die beantragte Bewährungsfrist wurde abgelehnt. Frau Werner hatte aus ihrer ersten Ehe eine uneheliche Tochter, deren Vater gestorben ist. Ihr jetziger Mann, der Angestellte Werner, adoptierte das Mädchen. Die kleine soll es zunächst bei ihrem neuen Vater recht gut gehabt haben, bis eines Tages geradezu empörende Mißhandlungen einsetzten. Werner hat wiederholt auf brutale Weise mit einem Riemen auf das hilflose Kind eingeschlagen, und die eigene Mutter hielt ihr Kind an den Hüften fest, damit „der Vater besser treffe“. Der Körper des Mädchens war zahlreiche blutunterlaufene Stellen auf. Die beiden Angeklagten bestritten, das Mißhandlungsverbrechen zu haben und behaupteten, daß das Kind durch Mißhandlung und durch die Verwendung einer Spatschelle ihren Unwillen erregt habe.

Elfsährige Brandstifterin. In Langholz, einem Dorf bei Alsborg in Dänemark, hat die elfsjährige Tochter eines Dorfbesizers die Wirtschaftsgüter des Onkels in Brand gesteckt. Ein Teil des Viehbestandes ist in den Flammen umgekommen. Das Kind soll bestrebt sein.

Liebestragödie. Gestern früh versuchte in der Polachstraße in Smichow der Arbeiter Wenzel Eliak mit einigen Schüssen die 25jährige Wenzelinerin Marie Eliak zu erschlagen. Den ersten Schuß gab Eliak im Hausflur aus drei Schritten Entfernung ab. Nach dem Schuß lief die Eliak auf die Gasse und wurde von Eliak verfolgt, der noch weitere zwei Schüsse abgab. Nach dem letzten Schusse wollte sich Eliak selbst erschlagen, wurde aber an diesem Vorhaben gehindert. Die verwundete Eliak wurde in die Klinik Schloffer gebracht, wo festgestellt wurde, daß sie einen Schuß in der Brust und einen Schuß in der linken Hüfte habe. Ihre Verletzungen sind schwer. Bei Eliak wurden zwei Briefe vorgefunden, aus denen hervorgeht, daß er wegen unglücklicher Liebe die Eliak tötete und dann sich selbst erschlagen wollte. Er wurde in Polizeigewahrsam genommen.

Das Abkühlungsproblem für den kleinen Staat. Die Deutsche Völkerbewegung hat die Vizepräsidentin der ständigen Rinderbeobachtungskommission in der Union der Völkerbündnisse, die Holländerin Frau Dr. van der Vosse, eingeladen, im Rahmen der Vizepräsidentin des Problems der Abkühlung der kleinen Staaten Stellung zu nehmen. Der Vortrag findet am 21. d. im Epigonalhof des „Deutsch-Deutsches“ in Prag statt und ist allgemein zugänglich.

Das Geheimnis der eingemauerten Nonne.

Barbara Ubryl, das ist ein Name, dumpf klingend und schwer wie aus einer mittelalterlichen Legende. Und wenn ich ihn höre, dann beginnt ein großer Berg roter und orangefarbener Feste vor meinen Augen emporzuwachsen, höher und immer höher, und ich sehe unzählig abgearbeitete Frauen und Mädchen in ihrer Küche, in ihrem armeneligen Bett beim Schein einer kleinen Petroleumlampe diese Feste verschlingen, höre, wie die Mädchen am Land beim Nachhauseweg in abendlicher Dämmerung sich mit leiser Stimme die Geschichte von Barbara Ubryl erzählen, gitternd und scheu, und keine weiß mehr, ob diese Barbara Ubryl Fleisch und Blut oder Drucker-Schwärze und schlechtes Holzpapier gewesen ist.

Unzählbar sind die Hintertreppentromane, die „Bücherei-Bücherei“, die bis zum Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts über Barbara Ubryl erschienen sind, deren Schicksal stets in der romantischen und unwahrscheinlichen Weise ausgemalt wird. Alles ein Beweis, wie tief das gesamte Volk in Österreich-Ungarn von der Geschichte der unglücklichen Nonne berührt worden ist.

Die eingemauerte Nonne von Krakau ist der heutigen Generation fast unbekannt, was wohl nicht zum wenigsten damit zusammenhängt, daß heute die Hintertreppentromane, welche von ihr geradzu gelebt hat, Gott sei Dank sehr zurückgegangen ist.

Es war vor 50 Jahren, im Jahre 1809. Der österreichische Absolutismus war nach der Katastrophe von Königgrätz zusammengebrochen. Die Vorherrschaft der Kirche wurde zurückgedrängt und damals war es möglich, daß ein Bischof, der Bischof Rudiger von Linz, wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt mit 14 Tagen Gefängnis bestraft wurde.

In diese aufgeregte und wilde Zeit schlug plötzlich die Nachricht, daß in Krakau, der bigotten, erfrommen Stadt, das Volk aufgestanden, die Mönche gestürzt und allen Ordensgeistlichen ans Leben gewollt, so daß die gesamte Garnison alarmiert werden mußte, um ein schmerzliches Blutbad zu verhindern. Wie war das möglich?

In Krakau gab es ein Kloster der unbekannten Karmeliterinnen. Das ist einer der strengsten Orden der Christenheit. Die Mönche unterliegen direkt dem Papst und es war ein geradezu ungeheuerliches Ereignis, als am 22. Juli 1809 vor dem Kloster, das in einer uralten Gasse der Krakauer Vorstadt Wola lag, ein Landauer vorfuhr, dem behäbige eine Gerichtskommission, begleitet von einem Geistlichen, entstieg. Man muß diesen stillen, verlorenen Winkel des alten Krakau, der damals noch vollkommenes Mittelalter war, kennen, um sich vorzustellen, welche Wirkung das Wort „im Namen des Geistes“ haben mußte, als der Untersuchungsrichter, der an die Klosterküche, die sich einige Jahre früher bei einem Klosterbrand nicht einmal der Feuerwehr geöffnet, klopfte. Eine verblüffende Nonne öffnete. Eine zweite stand hinter ihr. Als jedoch der Untersuchungsrichter in kaltem Tone die Nonne Barbara Ubryl zu sehen verlangte, begann die Pförtnerin sichtbar zu zittern, während die zweite Nonne davonlaufen wollte. Der Untersuchungsrichter schrie sie jedoch hart an, drohte mit sofortiger Verhaftung, ließ die Pförtnerin bei der Tür festhalten und sich von der zweiten Nonne in das Innere des Klosters führen.

Der einer alten Holztür blieb die Kommission stehen. Ganz verwirrt öffnete die Nonne und alles fuhr vor dem Gestank zurück, der dem halbdunklen Gemach entgegenstieß, als die Tür aufging. Heulend wälzte sich ein spitternacktes, knurrendes Weib auf einem Stuhl verfallenen Stroh und erst nach einigen Minuten wurde ihr Gesicht verständlich. „Gibt mir Fleisch und Kaffee, ich will folgen“, wimmerte sie und die herbeiziehende Oberin stommelte ganz verblüfft: „Tolle Nonne! Arzt hat gesagt: 20 Jahre soll sie sich an den anwesenden Geistlichen wandte, der ihr aber keine Antwort gab. Unterdessen war der staatsanwaltliche Substitut mit verhängten Jägeln zum Weibsbildhof Gasse gerast, der zehn Minuten später, vor der Tür, hereinströmte. Alle Nonnen und der Beichtvater des Klosters waren bereits zusammengelaufen. Als das nackte Weib den Bischof erblickte, begann sie nervös mit schriller Stimme zu schreien: „Wahr, wahr! Ich habe das Bewußtseinslosigkeitsgebrechen, aber die anderen sind auch keine Heiligen! Nur ich habe so bösen müssen!“

Mit erhobenen Fäusten stürzte sich der Bischof auf die Oberin, es sah aus, als wollte er sie erschlagen: „Für kein Weib, für kein Weib!“

Aus ihm ist mit diesem Schandloster. Der Beichtvater mischte sich hinein und zeternte, daß die geistlichen Behörden längst von der Ubryl gewußt, worauf ihn der Bischof einen elenden Lügner nannte und vor der wie erstarrt dastehenden Gerichtskommission entwickelte sich ein richtiger geistlicher Zandal, bis der Untersuchungsrichter für die unglückliche ein Hemd bringen ließ und zur Protokollaufnahme schritt.

Die Zelle, in der die Ubryl, welche seit dem Jahre 1811 im Kloster weilte, gefangen wurde, war ein ehemaliger Abort, dessen Fenster bis auf einen kleinen Schlitz vermauert waren. In diesem Raume wurden keinerlei Möbelstücke gefunden, nur eine Schüssel mit einer Art Schweinekraut stand neben dem Strohhause, während in der Ecke im Fußboden ein offenes Kanalloch entdeckt wurde, aus dem es unheimlich stank. Es gab keinen Ofen und man erfuhr, daß die unglückliche seit dem Jahre 1818 also seit 20 Jahren die harten Winter splinternackt in dem ungeheizten Raum hatte durchleben müssen.

Die gerichtliche Untersuchung, die nun stehend zu laufen begann hatte einen enormen Zeilungssturm zur Folge und der rechte der sonst so frommen polnischen Kleinbürger und Bauern umgänglich auf

Zwei Tage später, am 24. Juli 1809, drang das Volk am Mittwoch in das Karmeliterinnenkloster ein und wurde erst im letzten Moment durch eine im Vorhinein herbeieilende Infanterielompagnie aus dem Klosterhof gedrängt. In der nächsten Nacht wurde das Jesuitenkloster angegriffen, da man in das Schandloster ein Bataillon gelegt hatte. Das Jesuitenkloster wurde ausgeplündert, der Rektor der Jesuiten blutig geschlagen und ebenso ging es bei den Franziskanern, den Benediktinern und den Schwestern vom heiligen Herzen Jesu zu. Bis zum Morgengrauen heulten die wütenden Massen durch das sonst so stille Krakau, so daß der Festungskommandant schließlich Kornwallen alarmierte. Zeit den Tagen der Reformation hatte es solche Mächte in Europa nicht mehr gegeben.

Die politischen Auswirkungen dieser Exzesse waren groß. Todend verlangte man in der ganzen Monarchie die Aufhebung der Klöster, mit Ausnahme der der barmherzigen Brüder. Der Zandal war so bedeutend, daß die Regierung schließlich doch die Oberin und ihre Vorgängerin verhaften und von Gyalaren in das Kriminal bringen ließ. Natürlich ist die ganze Sache schließlich wie das Hornberger Schützen ausgegangen. Praktische oder legislative Folgen hat der Zandal außer der Aufhebung des Klosters auch keine gehabt. Aber die Freiheitsbewegung mag durch ihn nicht unwesentlich zum Reimen gebracht worden sein, wenn sie auch erst später sichtbar geworden ist.

Die Zahl der romantischen Geschichten und Zagen, die sich sofort um Barbara Ubryl, die Handwerkerstochter aus Krongrößen, spannen, ist enorm. Sie haben ihren unmittelbaren Niederschlag in der eingangs erwähnten Hintertreppentromane gefunden, die nach Wahrheit aber, welche das Geschichtsverfahren entdeckte, war viel erschütternder als alle pseudo-dichterische Phantasie.

Barbara Ubryl, die gewaschen und bescheiden, sich als ein altes, hartes Mütterchen erweist, trotzdem sie erst 52 Jahre zählte, war irrtümlich, unheimlich irrtümlich. Fortwährend plappert sie vom Essen und erzählte unaussprechlich von ihm, dem einzigen Geliebten, mit dem sie ein vertrautes Verhältnis gehabt. Wie schön sie war. Wie schön er war. Wie unendlich die Glückseligkeit, aber die bösen Nonnen, Tag und Nacht lang sie oblique über und fluchte in unbeschreiblicher Weise. Jeden jungen Arzt des Spitals, in das man sie gebracht, wollte sie in ihre

Gerichtssaal.

Roman einer Emigrantin.

Prag, 10. März. Eine junge Polin, die gegenwärtig sechzehn Jahre alt ist, stand heute vor dem Straßengericht des LGK. Dora Soudek unter der Anklage des Diebstahls. Das junge Mädchen, das durch seine Schönheit besonders auffällt, hatte ihrem Chef in einem unbewachten Augenblicke aus dem Ladenpulte 45.700 K. entwendet. Sie war mit dem Gelde geflohen, hatte sich einer wandernden Theatergruppe angeschlossen, bei der sie die Rolle einer Rabbinin spielte. Aber die Theatergesellschaft machte Pötte und das Mädchen, dessen Aufenthalt inzwischen ausforscht wurde, kam in Haft. Die Angeklagte Marie Soudek bekannte sich reumütig zu ihrer Tat. Sie schilderte in bewegten Worten ihr ganzes Leben bisher, so daß kaum ein Auge im ganzen Saale über dem Schicksal des jungen Mädchens trocken blieb. Vor vier Jahren mußte sie im Kriege mit ihren Eltern das von feindlichen Truppen besetzte Polen verlassen und suchten Auf der Flucht wurde ihr der Vater erschossen. Die Mutter kam mit ihr in die Tschekoslowakei, wo sie als Nädhilf im Paradenlager lebten. Mit zwölf Jahren verlor sie die Mutter und stand jetzt ganz allein, als Witwe und Ausländerin, in der Welt. Ihr ganzes Leben war verflucht. Ohne Erziehung ist sie aufgewachsen, dazu kam noch, daß sie nach dem Tode ihrer Mutter von schweren Krankheiten heimgesucht wurde, Typhus und zweimal Scharlach bekam, und heute dadurch an einem schweren Herzfehler leidet. Schließlich kam sie in einem Geschäft als Verkäuferin unter. Die Gelegenheit des unbewachten Augenblicks habe sie verlor, sie erblickte in einem Augenblicke der Schwäche in diesem Gelde das Mittel, aus ihrem Elend herauszukommen und das Engagement bei einer Theatergesellschaft schien ihr geeignet, ihr einen besseren, glücklicheren Lebenslauf zu verbürgen. Aber sie hatte nur die Welt vor den Klüften gesehen und zu spät erkannt, wie blüht sie sich gerächt hatte.

Der Senat erkannte sie des Diebstahls für schuldig und verurteilte sie, obgleich das Straußmaß ein bis fünf Jahre beträgt, in Anbetracht ihrer Jugend zu vier Monaten schweren Kerker, wovon zwei Monate durch die Untersuchungshaft abgezogen sind. Die bedingte Beurteilung wurde von der Unbescholtenheit abhängig gemacht. Ein fremder, älterer Mann erklärte sich bereit dem Mädchen sofort nach Freilassung eine Stelle in seinem Geschäft zu geben. Der Verteidiger bat den Gerichtshof, das Mädchen sofort auf freien Fuß zu lassen und nicht erst auf das Einlangen der Schriften zu warten, da die Angeklagte an einem schweren Herzfehler leide. Der Staatsanwalt sprach sich dagegen aus. Kaum hatte der Staatsanwalt seinen Antrag gegen die Freilassung vorgebracht, als sich die Wahrheit der Worte des Verteidigers an Ort und Stelle erweis. Mit einem Aufschrei sank das junge Mädchen bewußtlos zur Erde und trotz eifriger Bemühung des Gerichtspersonals und des Auditoriums konnte sie erst wieder im Verlaufe einer halben Stunde zum Bewußtsein gebracht werden. Der Arzt war keiner in der Nähe und so blieb nichts übrig, als die Arme in das nahe Krankenhaus zu tragen, wo sie wieder zum Bewußt-

Arme gehen. Ach und alles war doch nur Wahnsinn! Wie hat sie einen Geliebten gehabt. Mit 20 Jahren hatte sie den Scheiter genommen, wie einen Mann erkannt, niemals ein unglückliches Wort gehört, stets sich nur selbst und Gott gedient. Aber als sie neun Jahre im Kloster gewohnt, war sie in Wahnsinn verfallen, in Rumphe manie, und die Klosterfrauen, schlugen, traten, peinigten sie dafür, daß die unterdrückte Natur der armen Frau den Verstand verrückt hatte, und hielten sie 21 Jahre lang ärger als ein Schwein. Granat-haftes Schauspiel, in dem die Natur mitteillos bewies, daß man nicht ungefragt ihre Gesetze durch kurzfristige menschliche Normen zu brechen suchen darf.

Am Beginn der Erkrankung hatte die Oberin einen Arzt holen lassen, der zur Abgabe an die Irrenanstalt geraten, aber um die Kosten hierfür zu sparen, hielten die Nonnen sie in dem alten Abort gefangen, hätten sie doch sonst die Mühsal, welche Barbara Ubryl einst ins Kloster mitgebracht hatte, angreifen müssen.

Das ist die schlichte, erschütternde Wahrheit über Barbara Ubryl. Keine Entführungen, keine Liebes-schwüre, kein Mißbrauch über Klostermauern. Nicht als ein Beispiel aus dem Lehrbuch der Psychiatrie, das einen Abrund an menschlicher Gemeinheit und Mord mitteilt.

Barbara Ubryl ist nie mehr gesund geworden, das arme, von der Liebe an sich selbst gewordene Mütterchen sollte die Schicksale des Irrenhauses nicht mehr überleben, aber die Umstände, welche zur Auslieferung ihres schrecklichen Schicksals führten, warfen auch noch ein bezeichnendes Licht auf den katholischen Aberglauben. Der Vater Leoslaw aus dem Karmeliterkloster Krzeszowice war einmal vor Jahren Beichtvater der Nonnen gewesen. Er wachte alles und im Ratte hatte er es einmal einem bekannten Landpfarrer erzählt und der es wieder seinem Neffen, einem Krakauer Kaufmann mitgeteilt, von dem eine anonyme Anzeige an das Krakauer Landesgericht gefendet worden war.

Der österreichische Gesandte beim Vatikan mußte lange Verhandlungen führen, bis der Papst die Erlaubnis zum Verleiten des Klosters gegeben hatte. Als aber der Zandal aufflog, ist der Vater Leoslaw plötzlich gestorben. Gerüchte von Gift gingen herum, das Gericht interessierte sich dafür und das Grab sollte geöffnet werden. Aber eine mächtige Hand verhinderte dies und man weiß bis heute nicht, wie der betrunkenen Nonne, der dieses Drama gegen seinen Willen enthüllte, gestorben ist.

2. Wehr.

sein gebracht wurde. Dann führte man sie in die Haft ab.

Von einer Landesverweisung wurde Abstand genommen, da sie seit ihrem vierten Lebensjahre bei uns lebt und als naturalisiert betrachtet werden kann, wenn sie auch Polin sei.

Volkswirtschaft.

Vor dem europäischen Zementkartell.

Die Zementindustrie einer ganzen Reihe europäischer Staaten ist in sogenannten nationalen Kartellen zusammengeschlossen. Diese Kartelle wirken für die angeschlossenen Unternehmungen sehr nachteilig, ihre Preispolitik bringt dem Zementkapital großen Gewinn, während auf der anderen Seite der Baustoff „Zement“ unnötiger Weise verteuert wird. Durch die Kartellierung der Zementindustrie im nationalen (innerstaatlichen) Rahmen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten die Zementindustrie ganz gewaltig vermehrt oder soweit keine neuen Betriebe geschaffen wurden, sind die bestehenden erweitert und ihre Leistungsfähigkeit im großen Ausmaß gesteigert worden. Dadurch wurde herbeigeführt, daß die Zementindustrie vieler Länder im Inland keine Absatzmöglichkeit für ihre erzeugten Produkte fand und daß sie mit einem bestimmten Teile ihrer Produktionskapazität auf den Export angewiesen ist.

Nun soll auch der Konkurrenzkampf der Zementindustrie auf dem europäischen Markt durch den Abschluß eines internationalen Zementkartells beseitigt werden. Zwischen den polnischen, deutschen und skandinavischen Zementfabriken wurde schon im Vorjahre ein Übereinkommen erzielt, durch das der Export nach den Handelsstaaten geregelt wird. Die polnischen Zementfabriken waren es, die als erste ein Exportkartell errichteten, in dem die Gölleschauer Zementfabrik, sowie die Portland-Zementgesellschaft die führende Rolle spielen. Bald nach dieser Kartellgründung schuf man eine Organisation, für die Belieferung der Ueberseemärkte. Im Gegensatz zu dem polnischen Zementkartell besteht eine zweite Konvention zwischen den belgischen und französischen Zementfabriken, die nimmere mit den deutschen und tschechoslowakischen Zementproduzenten verhandeln, um ein großes Kartell, in welches auch die polnischen und skandinavischen Werke einbezogen werden sollen, zu schaffen.

Es ist heute schon sicher, daß es der gemeinsamen Arbeit der bereits bestehenden zwei Konventionen gelingen wird, die übrigen Zementinteressenten unter einen Hut zu bringen. Der Zweck des internationalen Zementkartells wird dann sein, die Zementpreise zu stabilisieren, und sobald dies geschehen, wird die Schaffung von Wohnungen neuerlich erschwert. Im Interesse des Profits wird von den Kapitalgehaltigen das freie Spiel der Kräfte ausgeschaltet und der Konkurrenzkampf aufgehoben. Die Kosten zahlen die Massen der werktätigen Bevölkerung.

